

Der SPIEGEL behauptet, die 130 Atombomben seien klammheimlich aus Ramstein abgezogen worden. Wir halten das für eher unwahrscheinlich!

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 016/05 – 02.06.05**

SPIEGEL-Fechtereien zu den US-Atombomben in Ramstein und Büchel

Jetzt hat sich auch „DER SPIEGEL“, das einst für seine genauen Recherchen bekannte Hamburger Nachrichtenmagazin, unter der Überschrift „Atomarer Anachronismus“ zum wiederholt geforderten Abzug der US-Atombomben aus Rheinland-Pfalz geäußert (Nr. 21/23.05.05, S. 48/49).

Leider weist der Artikel, für den die Herren Ralf Beste und Alexander Szandar verantwortlich zeichnen, eine Reihe von Ungenauigkeiten und Ungereimtheiten auf. Dass die Einheit der US-Air Force, die für die Bewachung der 20 Atombomben auf dem Bundeswehr-Flugplatz Büchel zuständig ist, im SPIEGEL als „702. Munitions Special Support Squadron“ angegeben wird, obwohl sie nach US-Angaben korrekt „702nd Munitions Support Squadron“ heißt, mag noch als kleine Flüchtigkeit durchgehen. Wenn aber behauptet wird, die Bücheler Atombomben hätten „mit einer Sprengkraft von 17.000 Tonnen gut die zehnfache Zerstörungsmacht der Hiroshima-Bombe“, dann entspricht das gleich in mehrfacher Hinsicht nicht den Tatsachen:

Die Hiroshima-Bombe „Little Boy“ hatte eine Sprengkraft von 13 000 Tonnen (13 kt).

Die B61-Atombombe gibt es in drei verschiedenen Varianten, deren Sprengkraft je nach Typ von 0,3 bis 170 kt zu verändern ist. (s. LP 009/05)

Welche Atombombenvariante mit welcher Sprengkraft in Büchel vorgehalten wird, dürfte auch den Herren aus Hamburg nicht bekannt sein.

Ohne die derzeit in New York tagende Internationale Konferenz zur Zukunft des Atomwaffensperrvertrages auch nur zu erwähnen, werden im SPIEGEL nur Überlegungen angestellt, ob die Bundesrepublik im Rahmen der „US-Doktrin der nuklearen Teilhabe“ trotz der abhanden gekommenen Bedrohung aus dem Osten auch weiterhin „im Umgang mit den zerstörerischen Arsenalen der USA zumindest eine Nebenrolle spielen“ solle. Dabei könnte Deutschland in New York mit gutem Beispiel vorangehen, indem es erklärt, den sofortigen Abzug aller US-Atomwaffen von seinem Territorium zu veranlassen und alle Vorbereitungen deutscher Piloten auf den Abwurf von US-Atombomben einzustellen. Damit würde unser Land endlich der Forderung des Atomwaffensperrvertrages gerecht, „Kernwaffen und sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen“, wozu es sich als Vertragsunterzeichner ohnehin verpflichtet hat. Das deutsche Beispiel würde sicher einer fortschreitenden Aushöhlung des Vertrages entgegenwirken, die Wünsche mancher Schwellenländer nach eigenen Atomwaffen dämpfen und die deutsche Position in den laufenden Nuklearverhandlungen mit dem Iran stärken. Hier zeichnet sich schon der nächste Konflikt ab, weil im Juni die von Bush gesetzte Frist ausläuft und die Verhandlungen der europäischen Länder Deutschland, Frankreich und Großbritannien, die den Iran zum Verzicht auf die Anreicherung von Uran bewegen wollen, bisher erfolglos geblieben sind.

Dem Spiegel-Artikel ist auch zu entnehmen, dass Außenminister Fischer und Verteidigungsminister Struck, die gerade erst versichert hatten, sich um den Abzug der US-Atomwaffen kümmern zu wollen, inzwischen wieder kalte Füße bekommen haben. Der Noch-

Kanzler Schröder befürchtet eine erneute Verärgerung der US-Regierung und ein daraus erwachsendes US-Veto gegen die angestrebte ständige Mitgliedschaft der Bundesrepublik im Sicherheitsrat der UNO und hat seine voreiligen Minister zurückgepiffen.

Was will Deutschland mit oder ohne Vetorecht im Weltsicherheitsrat? Mit Frankreich und Großbritannien sind bereits zwei enge europäische Partner mit Vetorecht darin vertreten. Wenn die Bundesrepublik auch noch aufrückt, wächst weder ihr Einfluss noch der Europas. Es wachsen allenfalls die militärischen Verpflichtungen Deutschlands und die Kosten für noch mehr deutsche Soldaten in noch mehr Ländern außerhalb des NATO-Gebietes, wo die Bundeswehr nach den Festlegungen des Grundgesetzes überhaupt nichts zu suchen hat.

Um der noch amtierenden Bundesregierung - dem hasardierenden SPD-Kanzler, dem lavierenden grünen Außenminister und dem „nibelungentreuen“ SPD-Verteidigungsminister – vor der Wahl im Herbst ein Hintertürchen zur Untätigkeit ohne allzu großen Gesichtverlust zu öffnen, ist man im Verteidigungsministerium auf eine „sagenhafte“ Idee verfallen, die auch gleich von fehlinformierten oder hilfswilligen SPIEGEL-Schreibern verbreitet wurde: „Aufmerksam haben Strucks Wehrplaner zudem registriert, dass die Amerikaner die 130 Atombomben, die sie bislang auf ihrer Luftwaffenbasis Ramstein gebunkert hatten, in aller Stille abgezogen haben. Aus Sicherheitsgründen wurden sie verlegt, offenbar in die USA. Die Airbase soll großzügig umgebaut und das nukleare Arsenal während der Arbeiten vor Baggern und neugierigen Bauarbeitern geschützt werden. Vielleicht, so die stille Hoffnung in Berlin, kommen die Bomben nie wieder zurück.“

Die beabsichtigte Wirkung ist völlig klar: Sollten die Atombomben zur Zeit nicht in Ramstein sein, braucht man sich mit Verhandlungen über ihren Abzug auch nicht zu beeilen und kann erst einmal das Ergebnis der Bundestagswahl abwarten.

Auf der Großbaustelle Air Base Ramstein, deren rein militärische Bauvorhaben bis August abgeschlossen sein sollen, kamen Bauarbeiter zu keinem Zeitpunkt auch nur in die Nähe eines Protective Aircraft Shelters (Flugzeugschutzbunkers) mit den in Weapons Storage Vaults (Waffenlagerungsgrüften) versenkten Atombomben. Gleichzeitig konnten US-Kampfbomber und militärisches Bedienungspersonal jederzeit ungehindert in die hermetisch verschlossenen und besonders gesicherten Shelter gelangen. Der Zugang war nie durch Baumaßnahmen an der neuen Südbahn behindert. Warum sollte die US-Air Force sich also auf riskante Verlagerungsaktionen eingelassen haben? Die 130 Atombomben befinden sich auch weiterhin in Ramstein und müssen nicht erst dahin zurückgebracht werden. Wer etwas anderes behauptet oder verbreitet, will nur die fortgesetzte Untätigkeit der Berliner und Mainzer Regierung vertuschen und die endlich aufgewachte Bevölkerung vor Ort mit dreisten Beschwichtigungen wieder beruhigen.

Es ist deshalb besonders wichtig, im bereits heftig entbrannten Bundestags-Wahlkampf den von der SPD, den Grünen und der FDP versprochenen Abzug der Atomwaffen aus Rheinland-Pfalz diesen Parteien und ihren Kandidaten immer wieder ins Gedächtnis zu rufen, damit er in der Hektik des Neuanfangs nicht in Vergessenheit gerät. Wir erwarten, dass auch die FDP, falls es zu Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU kommt, an ihrer vor der Wahl erhobenen Forderung festhält und Verhandlungen mit den USA über den Abzug aller 150 Atombomben aus Rheinland-Pfalz im möglichen Koalitionsvertrag festschreiben lässt.

Die Wahl des rheinland-pfälzischen Landtages findet, wie geplant, wohl erst im Frühjahr 2006 statt. Es gibt also keinen Grund, die Abstimmung über den bereits eingebrachten Antrag der Grünen-Fraktion zum Atomwaffenabzug zu verzögern. Die von Herrn Nassauer vom Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit verbreitete „Entwarnung“, von den in Ramstein und Büchel gelagerten US-Atombomben gehe keine unmittel-

bare Gefahr für die Anwohner aus, liegt auf der gleichen Linie wie die SPIEGEL-Ente, die Ramsteiner Atombomben seien derzeit in die USA ausgelagert. Weil die Herrschaften in Berlin und in Mainz nichts mehr fürchten, als die wachsende Wut der Deutschen über völlig unnötige militärische Belastungen und Gefährdungen und über die klammheimlich fortschreitende Einbeziehung der Bundeswehr in die Weltherrschafts-Strategie der US-Regierung, werden Falschmeldungen gestreut, um besorgte Menschen einzulullen, zu beruhigen und zum Stillhalten zu bewegen.

Lassen Sie sich das nicht bieten! Unsere Forderungen zum Abbau der US-Militärarsenale in unserem Land werden eher wichtiger, wenn es in Berlin und nächstes Jahr vielleicht auch in Mainz zum Machtwechsel kommen sollte.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern